

Zürich

Wahlen und Abstimmungen von morgen Sonntag

Ständeratswahlen Drei Kandidaten für zwei Sitze

Im zweiten Wahlgang der Ständeratswahl bewerben sich Verena Diener (GLP, bisher), Felix Gutzwiller (FDP, bisher) und Christoph Blocher (SVP, neu) um die zwei Zürcher Sitze. Diener wird von den Mitteparteien und von den Grünen unterstützt, Gutzwiller von FDP, CVP, EVP und BDP, Blocher von SVP und EDU.

Kanton Zürich

Pistenausbaustopp (Änderung des Flughafengesetzes)

Der Regierungsrat soll per Gesetz verpflichtet werden, sich im Flughafenverwaltungsrat und beim Bund gegen Aus- und Neubauten von Flugpisten einzusetzen. Da der Kanton im Verwaltungsrat ein Vetorecht hat, hätten neue Pisten kaum Chancen. Ausgenommen sind zwingende Vorschriften des Bundes.

Für die Vorlage sind SP, EVP, GLP und Grüne sowie Bürgerorganisationen und Gemeindebehörden im Norden, Osten und Westen des Flughafens. Dagegen sind SVP, FDP, CVP, BDP und EDU, der Verein Flugschneise Süd - Nein, die Gemeindebehörden im Süden sowie Wirtschaftsverbände.

Gegenvorschlag von Stimmberechtigten

Der Gegenvorschlag erweitert die obige Vorlage um die Vorschrift, dass sich der Regierungsrat auch gegen neue Schnellabrollwege einsetzen muss. Zudem muss er sich gegen alle seit dem Jahr 2000 eingeführten oder künftig geplanten Flugrouten über dicht besiedeltem Gebiet einsetzen. Schliesslich will die Vorlage dem Volk beim Betriebssystem ein Mitspracherecht geben, das aber für den Flughafen nicht bindend wäre.

Für die Vorlage sind SP, GLP und Grüne sowie Bürgerorganisationen und Gemeindebehörden im Norden, Osten und Westen des Flughafens und der Verein Flugschneise Süd - Nein.

Dagegen sind SVP, FDP, CVP, EVP, BDP und EDU, die Gemeindebehörden im Süden sowie Wirtschaftsverbände.

Stichfrage

In der Stichfrage sprechen sich SP, GLP und die Vertreter des Südens für den Gegenvorschlag aus, die anderen Parteien bevorzugen die Änderung des Flughafengesetzes.

Volksinitiative «Stau weg!»

Mit der Initiative will der TCS erreichen, dass die Zahl der Stautunden auf den Strassen rund um Zürich nicht weiter steigt. Der Kanton Zürich soll per Ständesininitiative vom Bund verlangen, dass folgende Bauprojekte bis 2025 realisiert werden: Glatlautostrasse, Oberlandautostrasse, Ausbau Umfahrung Winterthur auf sechs Spuren und in der Stadt Zürich Stadttunnel, Waidhalde und Westast (Verbindung vom Stadttunnel

ins Limmattal). Als Sofortmassnahmen wird die Nutzung des Pannenstreifens vorgeschlagen.

Für die Initiative sind SVP und FDP sowie die Automobilverbände ACS und TCS. Dagegen sind die anderen Parteien und der Regierungsrat.

Volksinitiative «Für faire Ferien»

Die Initiative fordert für alle Angestellten des Kantons fünf Wochen Ferien. Heute haben die 21- bis 49-jährigen vier Wochen. Die zusätzliche Ferienwoche soll so eingeführt werden, dass weder der Betrieb beeinträchtigt noch das Personal stärker belastet wird. Profitieren würden Angestellte der Verwaltung, der kantonalen Spitäler, der Kantonspolizei und weiterer öffentlich-rechtlicher Anstalten. Die Gemeinden lehnen sich an das Personalrecht des Kantons an. Bei Annahme der Initiative würden direkt 35 000, indirekt bis zu 100 000 Personen profitieren.

Für die Initiative sind die linken Parteien sowie EVP und BDP. Dagegen sind SVP, FDP, GLP, CVP und EDU.

Stadt Zürich

Bau des Vulkanplatzes

3,983 Millionen Franken kostet der Vulkanplatz auf der Nordseite des Bahnhofs Altstetten - dort, wo künftig das Tram Zürich-West seine Endstation hat. Es handelt sich um einen Kiesplatz unter einem Blätterdach, ergänzt mit zwei Brunnen, einer Velostation und einem Züri-WC. Entstehen soll nicht nur ein Bahnhofplatz, sondern auch ein Begegnungsort für das Quartier.

Dafür sind SP, Grüne, Grünliberale und EVP; SVP, FDP, CVP und SD sind dagegen. Die AL enthält sich.

Mehr günstige Wohnungen

Mindestens ein Drittel aller Mietwohnungen soll sich bis 2050 in gemeinnützigem Besitz befinden. Stimmt das Volk der Vorlage «Bezahlbare Wohnungen für alle» zu, wird diese Vorgabe als Orientierung in die Gemeindeordnung geschrieben. Dabei sollen insbesondere die Bedürfnisse von Familien und älteren Menschen berücksichtigt und der ökologische Wohnungsbau gefördert werden. Damit der Anteil von heute rund 25 Prozent tatsächlich steigt, braucht es weitere Entscheide. Die Initianten fordern etwa eine neue «Finanzierungsstiftung».

Ja sagen SP, Grüne, AL, CVP, EVP und SD. Dagegen sind SVP, FDP sowie die GLP.

Neue Parkkartenverordnung

Quartierbewohner können seit 1989 für die Blaue Zone eine Jahresparkkarte von 240 Franken lösen. Die Gebühr wurde seit 1992 nicht mehr der Teuerung angepasst. Nach der neuen Verordnung soll sie für Quartierbewohner 300 Franken kosten. Für das Gewerbe würde die Gebühr reduziert.

Dafür sind SP, Grüne, GLP, EVP und SD. Gegen die Vorlage haben sich SVP, FDP, CVP und AL ausgesprochen. (TA)



Biobauer Urs Hans erhielt eine Busse, weil er seine Tiere nicht gegen die Blauzungenkrankheit impfte. Foto: Beat Marti

Der Impfverweigerer und das Veterinäramt trennen sich 1:1

Kantonsrat Urs Hans wurde vom Vorwurf der Tierquälerei freigesprochen.

Von Ruedi Baumann

Winterthur - Zuerst mussten Stühle in den grossen Saal des Bezirksgerichts getragen werden - 50 Biobauern aus der halben Schweiz kamen nach Winterthur, um ihren Kollegen in seinem Kleinkrieg gegen das kantonale Veterinäramt zu unterstützen. «Vielleicht habe ich zu fest Werbung gemacht», sagte Urs Hans (59), Bauer und Kantonsrat der Grünen, fast entschuldigend. Doch dann gab er Vollgas - ohne Rechtsanwalt, er allein gegen die «Veterinärbürokratie». Aber mit 40 Jahren Erfahrung als Bauer.

Hans war in 26 Punkten angeklagt wegen Verstössen gegen ein halbes Lexikon an Vorschriften. Seiner Ansicht nach hat ihn das Veterinäramt seit 2009 auf der schwarzen Liste und organisiert «als Tierschutzkontrollen getarnte Strafaktionen». Auslöser war Hans' konsequente Weigerung, seine Tiere gegen die Blauzungenkrankheit zu impfen. Seither werde er von den «Gestapo-Tierschutzbrigaden» - wie er einmal schrieb - regelrecht observiert. Kontrolleure und Polizisten hätten seinen Hof sogar absichtlich an einem Montagmorgen besucht, als er im Kantonsrat sass.

Diese Kontrollen ergaben zwei Dutzend Anklagepunkte, die von offensichtlichen Lappalien wie dem Nichtausfüllen von Formularen oder fehlenden Ohrmarken bei den Tieren bis zu weit

schwereren Vorwürfen reichten. Allein der Klagenkatalog ohne Urteil habe - so Hans - bereits zu einer Reduktion der Direktzahlungen geführt. Als Bauer und Tierfreund traf ihn der Vorwurf der fahrlässigen Tierquälerei am härtesten. Ein kerngesundes Rind war gemäss seiner Darstellung in fünf Wochen abgemagert, weil es unter extremem Durchfall litt. Dieser Durchfall wiederum stamme von der Impfung gegen Rauschbrand, die er zwangsweise vornehmen musste.

Schulmedizin schlachtet Tiere

Als am Morgen «im dümmsten Moment» die Kontrolleure auftauchten, konnte das Rind kaum mehr stehen. Es wurde getötet, und Hans hatte ein weiteres Verfahren am Hals. Die Rechtsanwältin des Veterinäramts sagte vor Gericht, das Tier habe nur noch 165 Kilogramm gewogen, ein Drittel des Normalgewichts. Und sein Magen sei komplett ausgetrocknet gewesen. Hans habe es unterlassen, dem Tier rechtzeitig professionelle Hilfe angeheissen zu lassen.

Hans gelang es, das Gericht in einem fulminanten Plädoyer in geerdeter Bauernsprache vom Gegenteil zu überzeugen. Andere Rinder mit den gleichen Symptomen seien im Tierspital ohne Federlesens getötet worden, weil Paratuberkulose angeblich unheilbar sei. Die Schulmedizin neige dazu, «Tiere unnö-

tig zu schlachten». Ihm aber sei es gelungen, ein Tier mit Homöopathie durchzubringen. Die Richterin nahm es ihm ab, dass er das auch in diesem Fall versucht hatte. Diesen Freispruch quittierten die Bauern mit lauten Bravorufen.

Keine Chance hatte Urs Hans gegen viele der weiteren Anklagepunkte. Nach Impfungen gegen die Blauzungenkrankheit seien bei anderen Bauern die Tiere «verreckt wie Fliegen», sagte er zwar. Drastische Nebenwirkungen nach dieser Impfung seien offensichtlich. Trotzdem wurde er verurteilt. Der Richterin waren die Hände gebunden, weil eidgenössische Fachgremien den Zwang eingeführt hatten. Zudem hat auch bereits das Bundesgericht Impfverweigerer gebüsst.

Kein Pardon gabs auch wegen mehrerer Verstösse gegen das Tierschutzgesetz. Bei einer der häufigen Kontrollen hatte das Amt festgestellt, dass im Laufstall 39 Tiere anwesend waren, es aber nur 37 Liegeboxen gab. Hans sagte, dass wenige Tage vor Fertigstellung des neuen Stalls Schneefall eingesetzt hatte und dass im Stall ohnehin nie alle Tiere gleichzeitig lägen. Damit kam er aber nicht durch. Das Urteil: eine Busse von 2000 Franken und 1000 Franken Gebühren. «Sie können mich schuldig sprechen, aber ich gebe nicht auf», sagte er schon zu Beginn der Verhandlung.

Asiatische Küche am Hallwylplatz

Zürich - Das ehemalige Restaurant Hallwylhof im Kreis 4 ist nach einer sanften Renovation als Yen's Sushi & Asian Cuisine neu eröffnet worden. In einem leicht wirkenden, modern-asiatischen Interieur kommen japanische, vietnamesische, chinesische und thailändische Spezialitäten auf den Teller. Gastgeber ist das Ehepaar Nguyen, das seine Wurzeln in Vietnam und China hat. Herr und Frau Nguyen führen erstmals in Zürich ein Restaurant. Quoc Binh Nguyen ist seit 20 Jahren in der Gastronomie tätig, zuletzt als Sushi-Chefkoch an verschiedenen Stätten. Yen ist der Name der Ehefrau, wonach das neue Lokal benannt wird. Es ist werktags von 11.30-14.30 und 16.30-23 Uhr geöffnet, samstags von 16.30-24 Uhr. Der Mietzins beträgt 6500 Franken netto - gleich viel, wie früher im Hallwylhof und entgegen des im TA einst publizierten Betrages von 7500 Franken. Es war auch nie, wie geschrieben stand, eine Mietzinshöhung geplant. Als Starthilfe gewährt der Vermieter Yen's Sushi & Asian Cuisine für ein Jahr eine zehnprozentige Mietzinsreduktion. (jr)

Unachtsame Fussgänger provozieren Tramunfälle

Vier Passanten verunfallten in den letzten Wochen auf dem Zürcher Tramnetz. Nationalrat Bastien Girod fordert darum, Fussgänger seien besser zu schützen.

Von Lucienne-Camille Vaudan

Zürich - Vor wenigen Tagen ereignete sich eine weitere Kollision zwischen einer Fussgängerin und einem Tram - dies ist in den vergangenen zwei Monaten bereits der vierte Unfall dieser Art auf Zürichs Strassen. Eine Frau wurde von einem herannahenden Tram der Linie 4 im Bereich des Fussgängerübergangs gestreift. Sie hatte Glück und erlitt nur leichte Verletzungen an Händen und Gesicht. In zwei weiteren Fällen starben die Unfallopfer an den Folgen der Kollision.

Tramunfälle sind keine Seltenheit: «Im dichten städtischen Verkehr kommt es immer wieder zu Kollisionen zwischen den Verkehrsteilnehmern», sagt Andreas Uhl, Mediensprecher der VBZ.

Die Unfallopfer von Tramkollisionen seien oft hochbetagte Menschen: «Während jüngere Menschen häufig einen raschen Satz zur Seite machen können, verfügen ältere Personen nicht mehr über dasselbe schnelle Reaktionsvermögen und werden eher erfasst.»

Der Zürcher Nationalrat Bastien Girod (Grüne) fordert deshalb, dass den VBZ-Trams ein Fallrechen vor die Räder montiert wird: «Auch mit diesen Vorrichtungen können nicht alle Unfälle verhindert werden. Aber wenn damit auch nur ein Menschenleben gerettet wird, lohnt es sich.» Der Politiker hat vor einem Jahr einen entsprechenden Vorstoss eingereicht, über den der Nationalrat voraussichtlich in der Wintersession abstimmen wird.

Fehlender Respekt

Die VBZ verzichten auf solche Fallrechen und setzen auf einen anderen Fussgängerschutz: «Die Schnauze der Cobra-Trams ist so weit heruntergezogen und so geformt, dass es einen Fussgänger, der erfasst wird, anhebt und zur Seite schleudert.» Diese Konstruktion ent-

spreche dem neuesten Stand der Technik und Vorschriften. «In 95 Prozent der Unfälle sind die Tramfahrer der VBZ gemäss Rechtslage unschuldig. Oft fehlt seitens der Verkehrsteilnehmer der Respekt vor dem Tram», sagt Uhl. In Bern seien auch die neuen Trams mit einem Fallrechen ausgestattet. Die Argumentation der VBZ sei makaber, empört sich Bastien Girod: «Es wird zu wenig für die Fussgängersicherheit getan.»

Die Unfallstatistiken für das Jahr 2011 liegen zwar noch nicht vor. Doch gemäss Heiko Ciceri, Sprecher der Dienstleistung Verkehr, ist die Zahl der Tramkollisionen eher rückläufig. Allerdings sei die Zahl der Todesopfer vermutlich etwas höher als in den Vorjahren. «Rund 80 bis 85 Prozent der Zusammenstösse mit Trams geschehen aufgrund mangelnder Achtsamkeit der Verkehrsteilnehmer», sagt Ciceri. Auch Monika Hungerbühler von Pro Velo Zürich sieht in der Unachtsamkeit der Passanten und Velofahrer das grösste Problem: «Oft ist das Tram einfach nicht in den Köpfen der Leute.» (Tagesanzeiger.ch/Newsnet)

Anzeige

LEBEN STATT LÄRM!
Sinnlose Investitionen verhindern!

2x JA
ZUM AUSBAU-
STOPP
DER PISTEN
AUS GUTEM GRUND



**Bündnis für eine nachhaltige
Flughafenentwicklung**
Am 27.11.2011 2x JA!
Bei der Stichfrage
Kantonsratsbeschluss ankreuzen
www.lebenstattlaerm.ch